

Letzte

Zehntausende haben gestern Morgen um punkt vier Uhr dem Basler Morgenstreich beigewohnt

SEITE 32

Ausland

Gaddafi nutzt das diplomatische Tauziehen um eine Flugverbotszone zu neuen Luftangriffen

SEITE 25



Ausland

Der Dalai Lama will seinem Volk die Demokratie aufzwingen. Doch das will den Gottkönig behalten

SEITE 25

Fischerei: Pacht wird zum Politikum

ZÜRICH. Wegen einer juristischen Unklarheit könnten mehrere Zürcher Fischereivereine plötzlich ihre Pachtreviere verlieren. Die Vereine sehen sich deswegen in ihrer Existenz bedroht – und bekommen nun Rückendeckung von Seiten der Politik.

MARTIN STEINEGGER

Jürg Schneider, Präsident des 150 Mitglieder zählenden Fischereivereins Zürcher Unterland (FVZU), ist wütend. «Wir haben die Nase voll von diesem Theater», sagt er. Ins selbe Horn bläst Rolf Schatz vom Fischereiverein Thalwil (FVT): «Ich sehe eine sehr schwierige Zeit auf uns zukommen.»

Die Vertreter der Fischereivereine haben allen Grund zur Besorgnis: Im schlimmsten Fall droht ihnen in diesem Jahr nämlich der Verlust der Reviere, in denen ihre Mitglieder die Angelruten auswerfen können. Hunderte Fischer im Kanton Zürich wären davon betroffen.

Die Fischereipachten – sie betreffen viele kleine und grössere Gewässerabschnitte im ganzen Kanton – werden alle acht Jahre durch das Amt für Jagd und Fischerei versteigert. Wer den Zuschlag erhält, ist für die Pflege des Reviers zuständig und muss durch die Abgabe von kostenpflichtigen Fischereikarten den Fischern Zugang zum Revier verschaffen.

Gericht düpiert Kanton

Bei der letzten Pachtvergabe im Herbst 2009 waren – nach jahrelangem Kampf – erstmals Vereine als Pächter zugelassen worden. Diverse Vereine steigerten mit. Es kam zu 30 Kampfsteigerungen, oft zwischen Vereinen und Einzelpächtern. Mehrere Vereine erhielten schliesslich Reviere zugesprochen, darunter der stark in der Jugendförderung tätige FVT (3 Reviere) und der FVZU (4 Reviere).

Die Freude darüber währte aber nicht lange. Die ehemaligen Pächter jener Reviere, die neu dem Fischereiverein Thalwil zugesprochen wurden, leiteten juristische Schritte gegen die

Vergabe ein. Die Einsprecher stellten sich im Wesentlichen auf den Standpunkt, dass für eine Vergabe von Pachten an Vereine schlichtweg die gesetzlichen Grundlagen fehlten.

Und sie bekamen recht. Das Verwaltungsgericht des Kantons Zürich teilt diese Ansicht und erklärte die Pachtvergabe Ende letzten Jahres für null und nichtig. Die Zürcher Fischerei- und Jagdverwaltung hatte zwar vor der Pacht im Herbst 2009 die Fischerei-Verordnung dahingehend geändert, dass Vereine mitbieten könn-

nen – der entsprechende Gesetzesartikel wurde aber nicht angepasst. Fatale Folge: Die Reviere müssen neu ausgeschrieben werden und es braucht eine neue Vergaberunde. Das kann dauern. Bis dahin liegen die Reviere brach.

Geld zurück?

Von dem Urteil des Verwaltungsgerichts ist nicht nur der Verein in Thalwil betroffen. Da Gerichtsentscheide allgemeingültigen Charakter haben, sind kantonsweit alle Pachten in Gefahr, die im Herbst 2009 an Vereine abgegeben wurden. Die Bewerbungen der Vereine wären alle ungültig, die Reviere würden neu ausgeschrieben.

Für die Vereine hätte der Verlust ihrer Reviere drastische Konsequenzen. Schliesslich bezahlen die Mitglie-

der Jahresbeiträge, um an bestimmten Gewässerabschnitten fischen zu können. Die Fischereikarten sind bereits verteilt. Kann nicht gefischt werden, müssten die Vereine den Mitgliederbeitrag zurückerstatten. «In diesem Fall kämen wohl viele Vereine in existenzielle Nöte», sagt Rolf Schatz.

Kritische Fragen muss sich bei diesem drohenden Fiasko die Fischerei- und Jagdverwaltung gefallen lassen, namentlich Amtsleiter Urs Philipp. Trotz Warnhinweisen von Vereinsvertretern unterliess es das Amt, die Vergabekriterien bei der Pacht gesetzlich zu definieren. Dies deshalb, weil das auf politischem Weg, also im Kantonsrat, hätte geschehen müssen. Man wollte die Vereine unbedingt noch bei der Pachtvergabe 2009 zulassen.

Das entpuppt sich nun als Fehler. «Wäre das damals juristisch sauber gemacht worden, gäbe es diese Probleme nicht», sagt Rolf Schatz. In dieser Sache sei nun auch der zuständige Regierungsrat Markus Kägi (SVP) gefordert. Amtsleiter Philipp war für eine Stellungnahme nicht erreichbar.

Wegen der Pachtprobleme ist die Fischerei im Kanton Zürich zum Politikum geworden. Gestern reichte Andreas Federer (CVP, Thalwil) im Kantonsrat ein Dringliches Postulat ein, unterzeichnet von den Fraktionen von CVP, GLP und SP. Darin wird Klarheit über das Pachtsystem verlangt – und eine Offenlegung der Resultate der Pachtvergabe 2009. Das Postulat dürfte am nächsten Montag im Rat zur Diskussion kommen.



Befürchtet für die Fischereivereine existenzielle Nöte: Rolf Schatz vom Fischereiverein Thalwil (links), hier bei der Einweihung eines Zuchtbeckens. Bild: Marianne Bosshard

1000 Franken pro Lichtstab

ZÜRICH. Die unbeliebte Weihnachtsbeleuchtung der Zürcher Bahnhofstrasse setzt in einem Lager Staub an – nun wird sie versteigert.

Die Meinungen waren rasch gemacht – und fielen bei Besuchern weitgehend einhellig aus: Die Weihnachtsbeleuchtung «The World's Largest Timepiece», die von 2005 bis 2009 Weihnachtsstimmung an die Bahnhofstrasse bringen sollte, kommt nie an ihren Vorgänger, den glitzernden Baldachin, heran.

Preis ins Rutschen gekommen

Inzwischen wird im November nun «Lucy» aufgehängt. Die 275 Lichtstäbe des «Timepieces» wurden eingelagert. Die Vereinigung Zürcher Bahnhofstrasse, welche die Weihnachtsbeleuchtung organisiert und finanziert, wollte das Designobjekt aus Leuchtröhren für 900 000 Franken verkaufen. Die Entwicklung und der Bau des 1,1 Kilometer langen, auf die Bahnhofstrasse massgeschneiderten Objektes hatte 2,4 Millionen gekostet. Doch einen Käufer fand die Vereinigung nicht.



Noch ist für die abgehängte Beleuchtung kein Käufer gefunden. Archivbild: key

Nun drängt langsam die Zeit. Das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich, in deren Halle die Lichtstäbe lagern, will den Raum Ende Jahr wieder selber nutzen können. Nun wird die Vereinigung Zürcher Bahnhofstrasse das Objekt, das von Architekten und

Künstlern gewürdigt und gelobt wird, im Internet verkaufen. Die gesamte Anlage soll für 300 000 Franken unter den Hammer kommen. Die Vereinigung ist überzeugt, «dass The World's Largest Timepiece an einem geeigneten Ort als Lichtkunstobjekt zu einer Attraktion werden kann», hält Markus Hüni, Präsident der Vereinigung Zürcher Bahnhofstrasse, in einer Medienmitteilung fest.

Nun auch einzeln erhältlich

Doch die europäische Auktionsfirma Troostwijk ist auch beauftragt worden, die 275 Lichtstäbe einzeln anzubieten. Das Mindestgebot pro Stück wird bei der Onlineversteigerung bei 1000 Franken liegen. Für die eigene Wohnung ist das aber kaum was (ausser sie ist sehr gross). Denn ein Lichtstab ist sieben Meter lang, wiegt rund 30 Kilogramm und hat einen Durchmesser von 15 Zentimetern.

Von April bis Juni können die Lichtstäbe nach Absprache mit der Auktionsfirma Troostwijk AG besichtigt werden. Anfang September wird die Onlineversteigerung abgeschlossen. Bis Ende Dezember 2011 werden die Leuchtstäbe ausgeliefert. (og)

Das momentan Mögliche

ZÜRICH. Der Kantonsrat hat das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz in zweiter Lesung durchberaten. Die SVP wird das Referendum nicht ergreifen.

Rund 17 Jahre wurde an der Revision des Kinder- und Jugendhilfegesetzes gewerkelt. Gestern wurde sie in zweiter Lesung mit 111 zu 52 Stimmen verabschiedet; die Nein-Stimmen stammten von SVP und EDU. Eine Volksabstimmung dürfte es nicht geben. Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen) erklärte, dass seine Partei nicht das Referendum ergreife. Ein solches hatte sie nach der ersten Lesung noch in Betracht gezogen aus Verärgerung darüber, dass der «Krippenartikel» nicht aus dem Entwurf entfernt wurde. Demnach haben die Gemeinden eine bedarfsgerechte Betreuung für Kinder im Vorschulalter anzubieten. «Das ist sozialistisch», wettete Hauser und schalt vor allem die FDP dafür, dass sie das nicht auch so sieht. Aufs Referendum verzichte man, weil die Abstimmung nicht zu gewinnen wäre.

Ein durch die Gemeinden zu gewährleisten bedarfsgerechtes An-

gebot schreibt das revidierte Gesetz auch punkto Schulsozialarbeit vor. Weiter bringt es etwas höhere Ansätze bei der Bevorschussung unbezahlter Alimente und bei den Kleinkinderbeiträgen. Zudem ist eine Straffung in der Verwaltung der 19 Jugendsekretariate im Kanton vorgesehen.

Abstriche auf allen Seiten

Man stimme ohne Euphorie zu, sagte Sabine Wettstein (FDP, Uster). Ein Mangel am Gesetz sei, dass es nur die ambulante Kinder- und Jugendhilfe regle. Ihre Partei sei sehr für diese Revision, hielt Corinne Thomet (CVP, Kloten) kurz und bündig fest. Kurt Leuch (EVP, Oberengstringen) sprach von einem Kompromiss, für den alle Fraktionen Abstriche hätten in Kauf nehmen müssen. Seitens der SP und der Grünen wurde noch einmal bemängelt, dass den Gemeinden Jugendarbeit nicht verbindlich vorgeschrieben wird. Man wolle bei diesem Thema dranbleiben, sagte dazu Karin Maeder (SP, Rüti). Eine mittlere Unzufriedenheit klang auch im Votum von Eva Gutmann (GLP, Zürich) an. «Ein besseres Gesetz ist zurzeit nicht möglich», sagte sie. (tma)